

# HAVEL BRANDUNG

1/2017

Die linke Zeitung  
für Brandenburg an der Havel

**Mehr öffentliche Sicherheit durch  
Beschränkung der Freiheit? Seite 2**

**Lieber ein Ende  
mit Schrecken... Seite 3**



**Solidarität mit den  
Klinikbeschäftigten Seite 4**

## Mit Geflüchteten unter einem Dach

2015 kamen Geflüchtete auch zu uns nach Fürstenberg, in Brandenburgs Norden. Unsere Willkommensinitiative engagierte sich für ein Begegnungszentrum, koordinierte Sachspenden und Sprachkurse und half bei der Überwindung bürokratischer Hürden, bei Kranken- und Rentenversicherungen, GEZ, Hartz 4, Arztbesuchen, Kita oder Schule und Familienzusammenführungen. 2015 öffneten wir auch unser Haus, um Geflüchteten einen menschlicheren Wohnraum als in einer Großkaserne zu bieten. Als das berühmte LaGeSo in Berlin jeden Freitag seine Türen schloss, nahmen wir eine sechsköpfige irakische Familie auf, die sonst bis Montag auf der Straße gestanden hätte. Insgesamt waren etwa 40 Geflüchtete bei uns zu Gast, u.a. Fußballer aus Kamerun, eine Rockband aus Syrien, eine Mutter mit drei Töchtern im Alter von 5-8 Jahren, Akademiker und Analphabeten, Taxifahrer, Kunstmaler, ein Schauspielstudent, Bauern, ein Agraringenieur und ein Arzt. Wir hörten herzerreißende Geschichten über ihre Heimat, Krieg und Flucht und lernten die leckersten Speisen kennen (meine Favoriten: syrische Mlochia mit Hühnchen und Salat aus frischem Bohnenkraut mit Tomaten und Zwiebeln). Am unvergesslichsten aber waren die Momente, wo sich auseinander gerissene Familien in Tegel endlich wieder in die Arme fielen. Kamal, der Agraringenieur, konnte schon fließend deutsch, als er seine

Frau und vier kleine Kinder, eines davon mit Glasknochenkrankheit, dort in Empfang nahm. In den Monaten



WeM Unsere Kandidatin für die Bundestagswahl 2017

zuvor konnte er vor Sorge und Sehnsucht kaum noch schlafen. Jetzt wohnen sie gemeinsam in einer Wohnung und er verschickt seine ersten Bewerbungen. Hamdan, der Bauer, hatte Frau und drei Kinder in einem jordanischen Großcamp zurücklassen müssen. Sie stammen aus einem Dorf im Norden Syriens, wo die letzten 10.000 Menschen leben, die noch das Aramäisch sprechen, das auch Jesus gesprochen haben soll. Ich habe noch nie in so glückliche Augenpaare geschaut wie an dem Tag, an dem sie sich wieder sahen! Man erlebt dabei unmittelbar, wie am Ende doch das Wichtigste im Leben menschliche Beziehungen sind und wie man selbst größte Widrigkeiten überstehen kann, wenn man seine Liebsten bei sich hat. Mohammad aus Syrien ergatterte den erhofften Studienplatz an der Schauspielschule Ernst Busch. Die drei kleinen Mädchen sprechen schon fließend Deutsch, zwei gehen zur Schule, eine ist Klassenbeste. In den fünf Monaten

unter unserem Dach eroberten sie unser Herz im Sturm. Sie sprühen vor Begeisterung und freuen sich über jede

Kleinigkeit. Ich kenne sie fast nur lachend und mit leuchtenden Augen. Zum ersten Mal einen Schneemann zu bauen oder über einen gefrorenen See zu laufen, waren nicht nur Glücksmomente für die Kinder, sondern für jeden, der dabei war. Ihre Fröhlichkeit - trotzdem sie so viel verloren haben - hat meine Sicht auf das Leben verändert. Darüber hinaus haben wir über die Willkommensinitiative viele großartige Menschen kennengelernt und gute Freunde gewonnen und erlebten die Entstehung starker sozialer Netze nachbarschaftlicher Hilfe. In einer Kleinstadt ist Integration nicht schwer, denn da man sich kennt, sind die Wege zu einfachen Lösungen oft kurz. Ob Schule, Kita, Jobcenter oder Wohnungsbaugesellschaft, alle ziehen hier an einem Strang. Von einem ausländerfeindlichen Übergriff habe ich bis heute nichts gehört.

Anke Domscheit-Berg  
(Kandidatin der LINKEN für  
den Deutschen Bundestag)

## Zum Internationalen Frauentag

Am 19. März 1911 fand in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA der erste Internationale Frauentag statt, „die wichtigste Kundgebung für das Frauenwahlrecht, welche die Geschichte der Emanzipation des weiblichen Geschlechts bis heute verzeichnen kann“, resümierte Clara Zetkin, die wohl prominenteste Mitbegründerin dieses alsbald auf den 8. März festgesetzten Ereignisses. Der Weltfrauentag hatte von Anfang an eine hochpolitische Botschaft - quasi als Gegenstück zum vermeintlich unpolitischen Muttertag, der seit 1914 „zu Ehren der Mütter und der Mutterschaft“ gefeiert wird. Der Versuch, beides zusammen zu denken, ist auch in der DDR nur unzureichend gelungen: „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht“ hieß ein populäres Kinderlied, in dem ein Mädchen (!) der Mutti bei der Hausarbeit hilft. Haben Vater und Bruder nichts damit zu tun? Googelt man heute „Sprüche zum 8. März“, so ist man erschrocken über die Ansammlung von Banalitäten, die das Politische längst überlagert haben. Da wird - überwiegend aus männlicher Sicht - über das Rätsel Weib palavert. Am ehesten mag man noch Frank Sinatra zustimmen: „Eine Frau macht niemals einen Mann zum Narren; sie sitzt bloß dabei und sieht zu, wie er sich selbst dazu macht.“ In diesem Sinne, Mädels - das Allerbeste zum 8. März.

Dr. Uta Sändig

## Wussten Sie schon...

... dass der Schauspieler August Diehl den jungen Karl Marx in dem gleichnamigen Film nicht nur exzellent spielt (unbedingt ansehen!), sondern dessen Schriften auch gelesen hat? In einem Interview resümiert Diehl: „Marx schrieb, dass sich der Kapitalismus immer wieder von selbst regenerieren wird, wie ein Virus gewissermaßen - das ist etwas, was ein kommunistisches Regime nicht kann, weil es den Glauben der Menschen an den Kommunismus braucht - das braucht der Kapitalismus nicht. Das Ende des Kapitalismus kommt mit dem Ende der Rohstoffe, und in dieser Zeit leben wir jetzt.“

...dass damit unweigerlich die herrschenden Eigentumsverhältnisse auf dem Prüfstand stehen? Bernd Riexinger ist wohl kaum zu widersprechen, wenn er konstatiert: „Eine Demokratie, die diesen Namen verdient, muss immer auch in die ökonomische Basis einrücken und darf sich nicht auf den Überbau beschränken. Volksentscheide sind ein demokratisches Mittel, aber wir müssen vor allem dafür sorgen, dass wir Kontrolle über die Eigentumsverhältnisse erlangen.“

...dass Sahra Wagenknecht den Zusammenhang zwischen Eigentum und Demokratie jüngst folgendermaßen beschrieben hat: „Wenn ein Land sich von einer Minderheit - den Eignern und Dirigenten des großen Kapitals - vorschreiben lässt, welche Prioritäten es setzt, dann hat das mit Demokratie nichts zu tun.“

Redaktion Havelbrandung

## Mehr öffentliche Sicherheit durch Beschränkung der Freiheit?

Schon Benjamin Franklin wusste: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“ Nach mehreren schweren Gewalttaten will auch in Deutschland so mancher Hardliner diesen Satz nicht mehr wahr haben. So stellte die CDU im Januar 2017 im Brandenburger Landtag den Antrag „Verteidigung der Sicherheit und Freiheit – Maßnahmen gegen Islamismus und Terrorismus verstärken!“, der neben Forderungen zur personellen Aufstockung von Polizei und Verfassungsschutz weitere Maßnahmen enthält.

Wenn es um die Wirksamkeit des Verfassungsschutzes geht, so ist eine generelle Skepsis wohl angebracht, zumal mit Blick auf die vielen Pannen in jüngster Vergangenheit. Außerdem ist die Forderung nach Personalaufstockung im Land und gleichzeitiger Zentralisierung beim Bund in sich widersprüchlich. Was die Polizeistärke betrifft, so hat die Landesregierung seit 2013 erheblich umgesteuert und den Personalabbau gestoppt, den der CDU-Innenminister Jörg Schönbohm 2002 eingeleitet hatte. Bis 2012 sollten 1660 Stellen abgebaut und ein Personalbestand von 8000

erreicht werden. Es war ein Fehler, dass diese Politik unter Rot-Rot zunächst fortgesetzt wurde und sogar eine Reduzierung auf 7000 Stellen erfolgen sollte. Wegen der Kriminalitätsentwicklung hat die Landesregierung jedoch seit 2013 die Stellenzahl zunächst auf 7800 und inzwischen auf 8250 erhöht. Die CDU tut aber so, als hätte sie mit dem früheren Personalabbau nichts zu tun gehabt und als sei seitdem nichts passiert. Während unter Schönbohm gar nicht mehr für die Polizei ausgebildet wurde, stellen wir inzwischen 350 Anwärter jährlich ein – angesichts des Fachkräftemangels eine echte Herausforderung. Eine weitere Forderung der CDU ist die Ausweitung der Videoüberwachung. Dabei hat der jährlich vorzulegende Bericht das bestätigt, was LINKE und auch die GdP immer erklärt haben, dass man mit Videoüberwachung Kriminalität nicht bekämpfen, sondern höchstens verdrängen kann. So sind zum Beispiel die Fahrraddiebstähle am Potsdamer Hauptbahnhof trotz Videoüberwachung erheblich angestiegen. Außerdem: Ein Selbstmordattentäter wird sich nicht von Videokameras abschrecken lassen, sondern sie eher für seine Selbstinsze-

nierung nutzen. Im Übrigen lässt das Brandenburgische Polizeigesetz schon jetzt eine Ausweitung der Videoüberwachung nach entsprechender Beurteilung der Lage zu. Wir brauchen also keine schärferen Gesetze, sondern die konsequentere Anwendung der bestehenden. Das trifft auch auf die Forderung der CDU nach Fußfesseln für sogenannte Gefährder zu. Des Weiteren fordert die CDU eine Ausweitung der Schleierfahndung, also von verdachtsunabhängigen Kontrollen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Das allerdings wäre dann wahrscheinlich mit Racial Profiling (Fahndung nach dem Kriterium des fremdländischen Aussehens) verbunden, was dem Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes widerspricht. Und ein terrorbereiter deutscher Islamist wäre damit auch nicht zu erfassen. Dass die rot-rote Koalition die Sicherheitslage ernst nimmt, zeigt ihr Entschließungsantrag, nach dem der Innenminister wirksamere Handlungsmöglichkeiten prüfen soll, damit tatsächlich mehr Sicherheit geschaffen, aber dabei die Freiheitsrechte der Bürger nicht unzulässig eingeschränkt werden.

*Dr. Andreas Bernig, MdL*

## Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Für alle.

Beim Jahresauftakt der LINKEN am 13. und 14. Januar 2017 in Berlin haben die Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping den ersten Entwurf des Wahlprogramms vorgestellt. Mit diesem Wahlprogramm möchte DIE LINKE in die bevorstehende Bundestagswahl am 24. September 2017 gehen. Bereits im Vorfeld haben sich viele mit ihren Vorschlägen

Trenner und ich zur Regionalkonferenz Ost nach Leipzig. Im historischen Felsenkeller trafen sich die GenossInnen der fünf neuen Bundesländer und Berlin. In rustikalem Ambiente konnten wir unsere Bundesvorsitzende Katja Kipping begrüßen. Wir beteiligten uns in den Arbeitsgruppen mit den Themen Frieden und Bildung.

Im Workshop Frieden interes-



und Erfahrungen beteiligt. In vier Regionalkonferenzen wurde dieser erste Entwurf mit GenossInnen in Bergheim (NRW), in Hamburg, in Leipzig und in Frankfurt (Main) diskutiert. Dort haben die GenossInnen in einem Plenum und in Arbeitsgruppen diskutiert, was noch fehlt, was geändert werden sollte und wie wir gemeinsam in einen guten und kämpferischen Wahlkampf starten können.

Aus unserem Kreisverband führen Ulla Kirchner, Birgitt

sierten wir die GenossInnen für die Initiative des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark gegen eine Welt mit Atomwaffen. Vielfach wurde die Meinung vertreten, dass das Thema Frieden nicht erst unter Punkt 16 stehen sollte, sondern an der Spitze. „Ohne Frieden sind keine anderen Themen durchsetzbar“. Beschlossen wird das Wahlprogramm auf dem Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni 2017 in Hannover.

*Werner Müller*

## Zerstörtes Leben - verlorene Welt Die Sperrzone um Tschernobyl 30 Jahre nach der Katastrophe

Warum diese Reise nach Tschernobyl? Diese Frage wurde mir in den vergangenen Wochen oft gestellt. Einerseits gehört die Tschernobyl-Katastrophe zu meinen frühesten Kindheitserinnerungen, allein dadurch ist Interesse am Thema vorhanden. Und auch politisch hat mich das Thema „Kampf gegen Atomkraft“ immer begleitet. Andererseits ist es aber auch das Interesse der Fotografin. Verlorene Orte, „lost places“, sind fotografisch eine besondere Herausforderung und versprechen spannende Motive.

Die Entscheidung, diese Reise zu unternehmen, fiel dann aus all diesen Gründen und

aus einem weiteren: Ich finde, die Menschen vergessen zu schnell. Vor gerade einmal 30 Jahren passierte dieser Super-Gau und dennoch setzen



nahezu alle Industrienationen weiterhin auf Atomkraft. Fukushima hat das Bewusstsein noch einmal geschärft und es bedurfte dieses weiteren katastrophalen Unfalls, um

in Deutschland den Ausstieg aus der Kernkraft zu beginnen. Doch es gibt Stimmen, die nach dem Ausstieg vom Ausstieg rufen. Deshalb kann man gar nicht oft genug auf die zerstörerischen Folgen dieser Technologie hinweisen.

Eine weitere Frage ist die nach der Gefährlichkeit des Aufenthalts dort. In aller Kürze so viel: Der kurzzeitige Aufenthalt in der Zone unter Beachtung einiger Regeln ist nicht problematisch. Die Strahlenbelastung ist in

weiten Teilen recht gering. Allerdings gibt es „Hotspots“ mit stark erhöhter Strahlung, weshalb man in der Zone immer ein Dosimeter dabei haben und Hinweisschilder ernst nehmen sollte. Außerdem ist immer ein ortskundiger Guide dabei, der darauf achtet, dass die Besucher nicht in die Nähe stark kontaminierter Orte kommen.

Und noch eine Frage wurde mir oft gestellt: Wie fühlt man sich dort und was geht einem durch den Kopf? Ich empfand es als extrem bedrückend und in erster Linie deprimierend. Vor allem in Pripyat, wo man auch heute noch sieht, dass das eine moderne Stadt war, in der sich die Menschen

garantiert wohl gefühlt haben, ging mir immer wieder durch den Kopf, dass diese Katastrophe nicht nur viele Menschenleben gefordert, sondern auch Lebensperspektiven beseitigt hat. Für mich zusammengefasst habe ich dies mit der Formulierung „Zerstörtes Leben - verlorene Welt“.

Zu meiner Tschernobyl-Reise habe ich eine Ausstellung mit vielen Fotos erarbeitet, die noch bis Ende April im Lothar-Bisky-Haus (Alleestr. 3) in Potsdam zu sehen ist. Einen ausführlichen Bericht zu meiner Reise finden Sie auf meinem Blog.

*Andrea Johlige MdL*

## Kommentiert: Demokratie will geübt sein

Wenn den Diskutanten in der SVV die Argumente ausgehen, greifen sie gern auf eine Allzweckwaffe zurück, um die Oberhand zu behalten: Sie werfen ihrem Gegenüber mangelndes Demokratieverständnis vor und verweisen auf die Sünden der Vergangenheit. Die meisten SVV-Mitglieder sind gebürtige Brandenburger, ob nun direkt aus der Havelstadt oder aus dem Umland, viele waren SED-Mitglieder. Ich will niemandem das Bestreben absprechen, für diese unsere Stadt das Beste zu wollen. Nur haben wir unterschiedliche Vorstellungen davon, was denn dieses Beste sei. Sofern uns nicht die Gnade der späten Geburt zuteil wurde, haben wir nach der Wende in Sachen Demokratie dazulernen müssen. Wie weit unser persönliches Demokratieverständnis mittlerweile reicht, ist von vielen Faktoren abhängig, am wenigsten aber wohl von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei. In gewisser Weise sind die Älteren unter uns, die wir beide Gesellschaftssysteme erlebt haben, in einer

privilegierten Situation: Wir können Vergleiche aus eigener Anschauung ziehen; wir sind nicht auf Geschichten aus zweiter Hand und vorgefertigte Deutungsmuster angewiesen. So gesehen war der persönliche Appell von Klaus Hoffmann (Grüne) an die SKB-Redaktion, mehr Bereitschaft zu zeigen, hiesige Denkungsarten unvoreingenommen und unkommentiert wiederzugeben und auf die Verächtlichmachung von Personen zu verzichten, durchaus berechtigt. Dass sich Herr Dr. Tiemann, der Inhaber des SKB, daraufhin bemüht fühlte, das Grundgesetz zu zitieren, gehörte nicht zu den Sternstunden der Demokratie in der SVV.

Eine einseitige Interpretation demokratischer Gepflogenheiten waltet auch in Sachen Bürgerinitiative Packhof – und zwar auf beiden Seiten. Während die Verwaltung die BI auszubremsen versucht, weil diese – angeblich oder tatsächlich – ihre Kompetenzen überschreite, stilisiert sich die BI gern als eigentliche Stimme des Volkes. Dabei

trifft auch auf sie zu, was die Aufgabe einer jeden Bürgerinitiative ist: die Meinung einer bestimmten Interessengruppe zur Geltung zu bringen. Keine Bürgerinitiative kann das politische Ringen um Gesamtkonzepte und fairen Interessenausgleich ersetzen. Dafür sind in erster Linie die Parlamente und ihre Verwaltungen zuständig. Klingt banal, ist aber im Einzelnen schwer zu machen. Zumal wenn, wie im vorliegenden Fall, die Bedenken der Bürgerinitiative gegen eine allzu klotzige Packhofbebauung samt umweltfeindlichem Verkehrskonzept und die Bedenken vieler Stadtverordneter – besonders der LINKEN – weitgehend übereinstimmen. Da hilft nur eins: Für einen breiten demokratischen Diskurs und höchstmögliche Transparenz zu sorgen. Dass diese Chance bei der vor kurzem gegründeten Bürgerinitiative „Alte Plauer Brücke“ nicht vertan wird, bleibt zu hoffen.

*Dr. Uta Sändig*

## Kräftiger Aufschwung mit der Brandenburger Bürgerbühne

Der Neujahrsempfang der LINKEN (Fraktion und Kreisverband) im Lighthouse stand diesmal unter dem Motto „Wie hältst du's mit der Kunst?“ Eingeladen waren Kunstschaffende und Vertreter von Kulturinstitutionen bzw. -vereinen der Stadt. Bei diesmal klassischer Musik und in Anwesenheit von mehreren Landtags- und Bundestagsabgeordneten bzw. -kandidaten gab es viel Raum für Gespräche des Typs „Was macht eigentlich...?“

Was macht eigentlich die „Brandenburger Bürgerbühne“, die jetzt so oft genannt wird, wenn es um die aktuellen Eigenproduktionen des Brandenburger Theaters (BT) geht? Das fragte ich Johanna Ballhorn, die als Vertreterin besagter Bürgerbühne anwesend war. Sie sprudelte geradezu über vor Begeisterung: Die Wiederbelebung des totgeglaubten BT, auch mit Hilfe dieser engagierten Gruppe von Laienschauspielern, sei

ein kleines Wunder und mache allen Beteiligten so viel Spaß!

Ein überschwängliches Lob ging an Katja Lebelt, die neue künstlerische Leiterin des BT,



WeM Jahresauftakt 2017 im Lighthouse

aber auch an die Schauspielerin Anna Böttcher („Frau Müller muss weg“), die sich in die Arbeit mit der Laienspieltruppe nur so hinein gekniet habe, den Regisseur Boris von Poser, der die Phantasie der Akteure so wunderbar anstachele, und an den gebürtigen Brandenburger Manfred Karge (Gilbert Wolzow in „Die Abenteuer des Werner Holt“), der das Schauspiel „Jacke wie Hose“ schrieb, das derzeit

am BT geprobt wird und am 07. April Premiere hat. Spätestens an dieser Stelle sollte wohl jede/r Kulturinteressierte neugierig geworden sein. Vielleicht gar ein Mitmachen bei der Bürgerbühne in Erwägung ziehen – die können weitere Akteure durchaus gebrauchen; Meldungen bei Boris von Poser oder im Sekretariat des Brandenburger Theaters sind hochwillkommen.

„Und erwähnen Sie unbedingt das Jugendtheater. Was hier unter seiner Leiterin Christiane Ziel geleistet wird, ist gar nicht hoch genug einzuschätzen“, gibt mir Johanna Ballhorn mit auf den Weg. Recht hat sie.

Bleibt den Enthusiasten ein volles Haus zu wünschen, damit auch der Geschäftsführer und Pfennigfuchser Klaus Deschner, erklärter Nicht-Theatergänger, zufrieden ist.

*Dr. Uta Sändig*

## Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende

### Zum Bavaria-Deal

Die Nachwendezeit bescherte den damals neu gegründeten Wohnungsunternehmen mit den sogenannten Altschulden ein riesiges Finanzierungsproblem, so auch unserer Wobra. Mit dem Verkauf von 1441 Wohnungen 1997 an die Immobiliengesellschaft Bavaria hofften die damals Verantwortlichen, sich eines kleineren Teils dieser Altschulden zu entledigen. Das war auch so, aber gleichzeitig entstand durch diesen Vertrag ein neues Problem, das bis heute einen Schaden von mehreren Millionen angerichtet hat. Die Festlegung einer jährlich steigenden Mietgarantie für alle Wohnungen führte nämlich bei steigendem Leerstand in den Bavaria-Beständen zu jährlich steigenden Verlusten bei der Wobra, die von der Stadt auszugleichen waren. Seit Jahren bemühte man sich, aus dem 1997-er Vertrag auszusteigen, aber vergeblich: Alle diesbezüglichen Schritte wurden von den Bavaria-Verantwortlichen strikt abgelehnt.

Auf Grund einer Neuausrichtung im Berliner Senat ist man nunmehr bereit, die Erbbaurechte an den 1441 Wohnungen bei Zahlung der restlichen 49,9 Mio. €, die bis 2028 noch fällig wären, an die Wobra zurück zu geben. Doch da die Wobra diese Summe nicht aufbringen kann, musste nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden: Es soll eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Wobra gegründet und die besagten Wohnungen sollen dorthin übertragen werden. Die TAG Immobiliengesellschaft AG aus Hamburg hat sich bereit erklärt, die Anteile der neu gegründeten Tochter und somit das Unternehmen mit seinem Anlagevermögen für 37,2 Mio. € zu kaufen. Mit diesem Konstrukt umgeht die TAG die Grunderwerbssteuer in Höhe von 3,25 Mio. €. Sie ist auch bereit, für die eingesparte Steuer zusätzlich 0,9

Mio. € 534 Wohnungen, die sie im vergangenen Jahr aus der Insolvenzmasse der ehemaligen Wofü-Wohnungen gekauft hatte, an die Wobra zu übergeben. Da die Wobra, wie gesagt, für die Finanzierung dieses Deals nicht aufkommen kann, springt die Stadt mit der Zahlung der Kaufpreisdifferenz, der Gewerbebeertragssteuer für den Rückkauf der Erbbaurechte sowie die 0,9 Mio. € zuzüglich Gewerbebeertragssteuer von den Wohnungen der TAG ein, mithin mit rund 16 Mio. €. Trotz dieser enorm hohen Zahlung, die aus dem Kassenkredit der Stadt finanziert werden kann, spart die Stadt damit ca. 10 Mio. € ein, die sie sonst aus der Verlustübernahme aus dem Bavaria-Vertrag bis 2028 noch zu zahlen hätte. An sich ist diese Lösung als positiv zu betrachten, wenn da nicht ein kleiner negativer Beigeschmack wäre. Mit diesem Konstrukt werden erneut einem börsennotierten Immobilienunternehmen, dessen Ziel die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes und eine gesunde Rentabilität der Bestände ist, 1441 Wohnungen zur Verwertung überlassen. Die Rückgabe von 534 vernachlässigten und heruntergewirtschafteten Wofü-Wohnungen kann da auch nicht gerade als positiv eingeschätzt werden. Diese sollen dann in den nächsten Jahren im Rahmen des Stadtumbaus abgerissen werden. Aber in der Hoffnung, dass sich die TAG als neuer Eigentümer der 1441 Wohnungen an die abzuschließende Sozialcharta und die Verpflichtung hält, die Bestände aufzuwerten, und auch auf Grund der enormen Vorteile, die sich daraus für die Wobra, die Stadt und die Stadtentwicklung ergeben, haben auch wir LINKE für die Vorlage der Verwaltung gestimmt. Gemäß dem Sprichwort: Lieber ein Ende mit Schrecken... – siehe oben.

*Ilona Friedland*

Der Begriff Deal stammt aus dem Englischen und steht ursprünglich neutral für: Handel, Geschäft. Im Deutschen dominiert ein negativer Unterton: Gemeint ist ein Geschäft, bei dem einer der Partner am längeren Hebel sitzt und der andere oft übel den Kürzeren zieht.

## Solidarität mit den Klinikbeschäftigten

Im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ - Pflege-Notstand stoppen: 100.000 Pflegekräfte mehr! solidarisieren wir uns mit den Klinikbeschäftigten in der Stadt Brandenburg.

**BRD hat schlechteste Fachkraftquote**

Briefe, wie zuletzt der von Jana Langer - „Menschenwürdige Arbeit unmöglich“ - an die Bundeskanzlerin bleiben unbeantwortet, jedoch nicht unbemerkt. Jana Langers Facebook-Post wurde über 51.000-mal geteilt und mit über 10.000 Kommentaren versehen. Die Kommentatoren klagen über die Missstände in den Gesundheitseinrichtungen. Aktuell hat die Hans Böckler Stiftung ein Arbeitspapier über Standards der Personalbesetzung im Pflegedienst europäischer Länder herausgegeben. Danach stellt sich die Frage: Wie kann es sein, dass eine der reichsten Volkswirtschaften am schlechtesten abschnidet? Die Relation Patient zu qualifizierter Fachkraft liegt in der BRD bei 13:1, während sie z.B. in Schweden 8:1, in Irland 7:1 und in Norwegen 5:1 beträgt.

**Was tun?**

DIE LINKE macht sich gemeinsam mit den Patientinnen und

Patienten, deren Angehörigen sowie mit den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di auf den Weg und kämpft für bessere Arbeitsbedingungen, weniger Stress und eine gute Gesundheitsversorgung für alle. **Wir fordern mehr Personal und eine gesetzliche**



**Personalbemessung.** Doch dazu ist es wichtig, dass die Betroffenen erkennen, dass nur sie selbst sich aus dieser Misere befreien können. Ganz nach dem Motto: „Jammerst du noch oder kämpfst du schon?“

**Aktionen in Brandenburg**

Am 21. Februar 2017 hat DIE LINKE vorm Brandenburger Klinikum den Beschäftigten Mut für den Kampf zugesprochen und Infomaterial verteilt. An diesem Tag fand auch bundesweit ein Aktionstag „Heute schon Pause gemacht?“ der Gewerkschaft ver.di in den Krankenhäusern statt. Die Beschäftigten hatten bei einer bundesweiten

Befragung mehrheitlich angegeben, keine Zeit für Pausen zu haben. Aber Pausen reduzieren die Belastung. Dabei geht es nicht vordergründig um eine Verhaltensänderung, sondern um das Nachdenken über den eigenen Anteil an der Situation und um die Frage, wie diese Situation verändert werden kann.

Im Saarland zeigen die Kolleginnen und Kollegen, wie es gehen kann. Alle 21 Krankenhausarbeitgeber sind von ver.di zu Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Entlastung der Beschäftigten aufgefordert worden. Die Kolleginnen und Kollegen sind entschlossen zu streiken, falls die Arbeitgeber nicht verhandeln. Wir stehen in dieser Auseinandersetzung an ihrer Seite. In der Charité ist es den Beschäftigten gelungen, eine Regelung für mehr Personal durchzusetzen. Das Thema Gesundheit geht uns alle an. Wir müssen den Druck auf die Bundesregierung erhöhen. Gemeinsam stoppen wir den Pflegenotstand! Machen Sie mit und werden Sie Teil unserer Bewegung. Sie finden uns vor Ort und natürlich auch im Netz: [www.das-muss-drin-sein.de](http://www.das-muss-drin-sein.de)

*Andreas Kutsche*

## Ein verschollenes Schmuckstück

Der Schriftsteller Günter Kunert sagte einmal: „**Ein Mensch, der in der Hauptsache mit Gartenzwergen zu tun hat, wird wenig Wesentliches über Bildhauerei mitzuteilen haben.**“ Seine Bemerkung zielte damals auf die Klein-



**Wilfried Weise**

Die ursprüngliche Büste von Heinrich Heine

geister unter den DDR-Kulturpolitikern. Die Gründe mögen heute andere sein, aber die Gartenzwerg-Mentalität in Sachen Kultur ist nach wie vor weit verbreitet. So ist noch immer kein Ende abzusehen,

zu dem die Spendenkampagne für die gestohlene Heine-Büste (Havelbrandung berichtete zuletzt in 2/2016) abgeschlossen werden kann. Mit anderen Worten: Das Geld für den Nachguss, ca. 9000 Euro, ist noch nicht zusammen.

Wilfried Weise hat bei der Archivierung seiner umfangreichen Fotosammlung den nebenstehenden Schnappschuss wiedergefunden, der noch zu Zeiten des unversehrten Denkmals entstanden ist. Vielleicht animiert das Bild ja doch so manchen Unschlüssigen, einen kleinen Obolus für die Wiederaufstellung der Büste locker zu machen. Hier noch einmal die Spenden-Adresse:

Stadtkasse Brandenburg, IBAN DE55 16050000, Konto-Nr. 3611660026, BIC: WELADED 1 PMB, Verwendungszweck: Heine-Büste 213828-41-16006.

*Redaktion Havelbrandung*

## Nachruf Harry Prill

Wir trauern um unseren Genossen Harry Prill, der am 18.02.2017 plötzlich und unerwartet aus dem Leben geschieden ist.

Während seiner jahrzehntelangen Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE hat er sich mit vollem Herzen und ganzer

letzter trotz seines hohen Alters aktiv. Auch an der Arbeit und dem Leben seiner BO Wilhelmsdorfer Vorstadt beteiligte sich Harry regelmäßig und konstruktiv.

Das Geschichtsbewusstsein junger Menschen lag ihm besonders am Herzen. Mit Stolz erfüllte ihn die Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern an einem Projekt zum Thema Verfolgung jüdischer Menschen in der Stadt Brandenburg in der Zeit des Faschismus.

Für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement erhielt Harry Prill 2015 eine Auszeichnung des Seniorenbeirates der Stadt Brandenburg. Die Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Brandenburg an der Havel werden Harry Prill stets ein ehrendes Andenken bewahren. Seiner Familie gilt unser Mitgefühl.

*Ulla Kirchner (AG Senioren)*

## Für einen lustvollen Sozialismus Gedanken zum Programmentwurf zur Bundestagswahl

„Wollen wir weiter den Politikerinnen und Politikern vertrauen, die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen verantworten und die Gesellschaft spalten? Oder sind wir bereit, uns mit den Reichen und Mächtigen anzulegen?“ Diese und andere Fragen behandelt der im Januar veröffentlichte Entwurf des Programms zur Bundestagswahl am 24. September dieses Jahres mit dem Titel „Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Für alle.“

Auf 72 Seiten werden die Schwerpunkte LINKER Politik für die kommenden Jahre in 17 Kapiteln beschrieben. Getreu dem Motto „Ohne Frieden ist alles nichts“ setzt sich unser Kreisverband gemein-

sam mit anderen dafür ein, das Kapitel „Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt“, jetzt Kapitel 16, an den Anfang des Programms zu stellen.

So wichtig die Abmilderung der Auswirkungen des kapitalistischen Systems auf die Menschen auch ist - Hartz IV, Leiharbeit, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten, Verwertungslogik - so wichtig ist es aber auch, genau dieses System als Ursache dieser Missstände zu benennen. So steht völlig zu Recht in der Einleitung des Entwurfs zu lesen: „Dieses System im Interesse einer Klasse von Kapitaleigentümern und Superreichen widerspricht den Interessen der Mehrheit der

Menschen. DIE LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus. Wir wollen einen neuen Sozialismus, einen demokratischen, ökologischen, feministischen und lustvollen Sozialismus.“

Ich wünsche mir, dass wir alle gemeinsam, nicht nur im Wahlkampf, offensiv und selbstbewusst für die Überwindung des Kapitalismus streiten - für eine Gesellschaft der Gleichen unter Gleichen. DIE LINKE ist die Partei des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität - die Partei für einen lustvollen Sozialismus.

*Daniel Herzog*



Kraft für unsere gemeinsame Politik und den Sozialismus als Ziel eingesetzt.

In den 1990er Jahren hatte Harry Prill maßgeblichen Anteil an der Gründung der AG Senioren in unserem Kreisverband und war dort bis zu-

„Verkehrswidriges Verhalten“ nennt Katja Kipping die Taktik der SPD, soll heißen: links zu blinken, obwohl man gar nicht links abbiegen wolle. Das Gegenteil strebt die LINKE in ihrem Wahlprogramm an: einen „verkehrsfreundlichen“ - mit anderen Worten: lustvollen - Sozialismus.

### Was macht eigentlich eine Abgeordnete den ganzen Tag?

Das werde ich immer wieder gefragt und tatsächlich gibt es im Politikerleben neben den Dingen, die öffentlich stattfinden, also Veranstaltungen, Besuche bei Einrichtungen, Plenardebatten oder Ausschusssitzungen, auch ganz viele Dinge, die man einfach nicht sieht. Und weil es extrem schwierig ist, das zu erklären, hier mein Angebot für alle, die es ganz genau wissen wollen:

Wer Lust und Zeit hat, dem biete ich an, mich ein paar Tage von früh bis spät zu begleiten – zu allen Veranstaltungen, Terminen, Beratungen usw. Einfach bei mir melden! Wir sprechen dann ab, wann es passen würde, und können auch schauen, dass ein paar spannende Termine dabei sind. Ich übernehme Fahrtkosten und Verpflegung.

Einzige Bedingung meinerseits: Die Begleiterin bzw.

der Begleiter schreibt danach einen Bericht über die Erlebnisse, den ich in meinem Blog veröffentliche, um auch denen, die keine Lust oder Zeit für so eine Begleitung haben,



einen Einblick in den Politikeralltag zu geben.

Wen nehme ich nicht mit? Mir ist egal, wie ihr drauf seid. Aber rassistisches Zeugstrage ich nicht. Also wer Pegida, AfD und Co. super findet, sollte davon Abstand nehmen, sich zu melden! Interesse? Dann einfach melden unter mail@andrea-johlige.de!

Andrea Johlige, MdL

### Begegnungsraum ohne Ausgrenzungen Monatliche LGBTIQ\*Bar im Haus der Offiziere

Am 10. Januar war es so weit: Um 20.00 Uhr öffnete die erste LGBTIQ\*Bar ihre Türen im Haus der Offiziere (HdO). Ein Treff nur für Schwule, Lesben,

Menschen findet immer noch statt, immer noch werden Menschen überall auf der Welt wegen ihrer sexuellen Identität respektive Orien-

Deshalb soll es wenigstens möglich gemacht werden, einmal im Monat in unbeschwerter Atmosphäre Zeit miteinander zu verbringen, zu plaudern, zu flirten, sich kennenzulernen.

So können sich Menschen wohlfühlen, vielleicht sogar zu sich finden, sich emanzipieren oder outen. Ebenso wichtig ist wohl auch die Erfahrung oder Einsicht: Ich bin nicht allein.

Aus diesem Grund haben sich Menschen zusammengefunden und diesen Stammtisch organisiert. Und dazu laden sie immer am zweiten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr ins HdO, Magdeburger Straße 15, ein.

[eo\*] emanzipatorische opposition



Bi-, Trans- und Intersexuelle sowie queere Menschen!?

Dabei geht es nicht um Separierung und Ausgrenzung. Es geht darum, Räume zu schaffen, in denen sich Gleichgesinnte begegnen und zusammenkommen können, ohne Ausgrenzung oder Ablehnung zu erfahren. Denn die Ausgrenzung nicht-heterosexueller oder -heteronormativer

terierung ausgegrenzt (oder Schlimmeres). Auch in unserer vermeintlich so aufgeklärten Gesellschaft findet dies statt. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Übergriffen auf queere Menschen, immer noch wird „schwul“ als Schimpfwort verwendet, immer noch ist eine Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Menschen nicht erlaubt. Zum Beispiel.

### Because love still has no borders

#### 2. Konferenz von und mit LGBTIQ\*-Geflüchteten im Juni

Nach dem Ende des „summer of migration“ 2015 und der Schließung der europäischen Außengrenzen ist die Zahl der ankommenden, Schutz suchenden Menschen in Europa stark zurückgegangen. Die Ursachen hierfür sind nicht etwa die Lösung der Probleme, sondern die Verschärfung der Gesetze, die Kontrolle der europäischen Außengrenzen und das Abkommen mit der Türkei.

Geflüchtete werden gezwungen, an Europas Außengrenzen in Lagern zu verelenden, oder versuchen, auf immer gefährlicheren Routen nach Europa zu gelangen – viele sterben dabei. Wenn sie es doch nach Deutschland schaffen, werden alle Register gezogen, um ihren Antrag abzulehnen und ihnen das Leben wie die Integration zu

erschweren. LGBTIQ\*s (sich lesbisch, schwul, bi-, trans-, intersexuell und queer definierende Menschen) erwarten noch weitere Schwierigkeiten, so zum Beispiel, wenn verlangt wird, dass sie ihre sexuelle Ausrichtung beweisen. Teilweise sind Sozialarbeiter\_innen und das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) kaum oder gar nicht sensibilisiert und können oder wollen bei (sexualisierter) Gewalt, egal ob verbal, psychisch oder körperlich, nicht eingreifen.

Während LGBTIQ\* in vielen Staaten nicht nur gesellschaftlicher Ausgrenzung, sondern auch struktureller Diskriminierung und staatlicher Repression ausgesetzt sind, die oft mit Haft, Folter und/oder Mord, mindestens aber mit dem Verbot eines

Auslebens der eigenen Sexualität einhergehen, sieht sich Deutschland gern in der Rolle des Moralapostels. Doch auch hier gibt es die Ausgrenzung von Lebensentwürfen jenseits der Heteronormativität, sei es die Nicht-Anerkennung einer Ehe, die Frage, ob LGBTIQ\*-Paare Kinder haben sollten oder überhaupt dürfen, oder die simple Nicht-Erwähnung anderer Sexualentwürfe im Rahmen des Sexualkundeunterrichts.

All dies spiegelt sich im Umgang mit geflüchteten LGBTIQ\*s wieder. Während es innerhalb des letzten Jahres viele Fortschritte auf diesem Gebiet gab – genannt seien hier spezielle Unterkünfte oder neu geschaffene Vernetzungen – so bleiben doch alte Probleme weiterhin bestehen, denn die Veränderungen grei-

fen primär in großen Städten und die Angebote kommen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Von staatlicher Seite hat sich diesbezüglich nichts geändert.

Um diesen Problemen sowie der repressiven und diskriminierenden Asylpraxis entgegenzutreten, ist eine weitere Vernetzung von Geflüchteten wie Unterstützer\_innen, sind (Selbst-)Bildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die speziellen Bedürfnisse und Probleme von geflüchteten LGBTIQ\*s notwendig. Ebenso unabdingbar ist es, einen Raum zu schaffen, in dem Betroffene Zeit mit anderen Betroffenen verbringen können, unter sich sind und sich austauschen können, und das nicht nur mit Personen aus der gleichen Region, sondern bundesweit, denn zum Teil

sind die Menschen in ihren Unterkünften isoliert und haben nur via Internet Kontakt zu anderen LGBTIQ\*s. Aus diesen Notwendigkeiten und der positiven Resonanz der Teilnehmer\_innen der letzten Konferenz 2016 stand für uns schon schnell fest, dass es ein weiteres Projekt geben wird. Die Ziele sind identisch mit denen der letzten Konferenz:

1. (Weiter-)Bildung für Geflüchtete und Unterstützer\_innen,
2. Kennenlernen, Netzwerken, Austauschen und Spaß haben,
3. öffentliche Aufmerksamkeit für die Lage von LGBTIQ\*-Geflüchteten.

Orgateam der Refugee-LGBTIQ\*-Conference

### Höchste französische Auszeichnung für Buchenwald-Aktivistin

Am 27. Januar 2017 überreichte der Botschafter der Französischen Republik in Deutschland, Philippe Etienne, in Erfurt an den ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald, Günter Pappenheim,

die Insignien eines „Kommandeurs der Ehrenlegion“. Die ranghöchste staatliche Auszeichnung Frankreichs erfolgte auf Erlass des Präsidenten der Französischen Republik. Gewürdigt wird damit das lebenslange völkerverbindende Engagement des 91-jährigen Antifaschisten, der Vorsitzender

der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora ist und Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos sowie Mitglied des Ehrenpräsidiums der Fédération Internationale des Résistants (FIR). In Ansprachen des Präsidenten des Thüringer Landtages, Christian Carius

und des Ministers und Chefs der Staatskanzlei im Freistaat Thüringen, Benjamin Immanuel Hoff, wurde die hohe Wertschätzung der Zivilcourage und des Mutes im Widerstands gegen das Naziregime des ausgezeichneten hervorgehoben. In seinen Dankesworten unterstrich Günter Pappenheim, dass

für ihn „die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ... und die Errichtung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“, wie es im Schwur von Buchenwald heißt, Kompass in seinem Leben war und dass es notwendig sei, in diesem Sinne weiter zu handeln.

AG Buchenwald - Dora

**Bella gibt ihren Senf dazu**

*Hallo Leute,*

ick bin ja froh, dass die janzen Winterstage vorbei sind. So manche Kundin hat sich den Besuch in unserem Salon „Scharfe Schere“ gespart, weil ihre dicke Kopfbedeckung die teure Frisur sowieso gleich wieder platt gemacht hätte. Obwohl, ick kann auch Frisuren, die den Angriff einer Wollmütze locker überstehen...



Wat mich zum Nachdenken jebracht hat, war weniger die Kopf- und mehr die Beinbekleidung vieler meiner Kundinnen. Ihr kennt doch diese Jeans mit den jeschickt platzierten Schadstellen, durch die aber bei Minustemperaturen der Wind so eklig pfeifen muss, dass ick mich frage, wer sich dit freiwillig antut. Manche Kundinnen haben ja wenigstens schwarze oder bunte Leggings oder Strumpfhosen drunter jezogen. Für mich bleibt aber eine gene-

relle Frage: Warum werden diese Jeans so halb kaputt unters Volk jebracht? Es soll ja Designer geben, die mit Schrot auf heile Jeans schießen und das Ganze dann für den doppelten Preis als Unikat verkaufen. Hält natürlich auch nur halb so lange. Aber darum jeht es ja nicht, sondern um die Schnelllebigkeit als Vermarktungsprinzip. Die künstlich abeschabte Stelle als Sollbruchstelle.

Früher haben englische Lords ihre neuen Anzüge vom Butler eintragen lassen, weil gewisse Jebrauchsspuren zum guten Ton gehörten. Da hatte auch der Butler noch was davon. Heute stellen wir den „used-look“ künstlich her und geben das gute Stück, sobald es zu „used“ aussieht oder einfach nicht mehr „in“ ist, in die Altkleidersammlung. Ick habe letztens jelesen, dass die Deutschen Weltspitze auf dem Jebiet des Klamotten-Ausrangierens sind. Für die Bedürftigen im eigenen Land oder in der Dritten Welt ist das Zeug dann immer noch jut jenug. Wäre es da nicht viel ökonomischer, die janzen Fummel zuerst, bei Zahlung einer Aufwandsentschädigung, von den Bedürftigen eintragen zu lassen und dann zum doppelten Preis als Unikat zu verhökern? Dit fragt sich

*Eure Bella Branne*

**Uhrenumstellung Ende März**

**Aus der Zeit  
geworfen  
Licht und Dunkel  
versetzt  
Sechzig Minuten  
gelöscht  
unwiederbringlich  
Nur zum Schein  
ist der Tag dem Tag  
überlegen**

*Beate Bölsche*

**Taugen ethisch-moralische Werte nur für Sonntagsreden?  
Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert**

Der Begriff Werte kann materielle oder ideelle Erscheinungen meinen und besitzt allein deshalb gehöriges Widerspruchspotenzial. Wenn auf ideelle Werte Bezug genommen wird, präzisieren oft Attribute das Gemeinte. Das Attribut ethisch-moralisch wird gern im Doppelpack verwendet oder auch mal eben mit christlich oder christlich-abendländisch gleichgesetzt. Ist diese Dopplung oder Kopplung tatsächlich so zwingend?

Während ‚Ethik‘ die aus der Verantwortung gegenüber den Mitgeschöpfen hergeleiteten, allgemein gültigen Normen und Maximen der Lebensführung meint, widmet sich ‚Moral‘ den Regeln zwischenmenschlichen Verhaltens, die von einer bestimmten Gesellschaft mehrheitlich

akzeptiert und als vorbildlich angesehen werden. ‚Moral‘ ist also der speziellere und weniger „für die Ewigkeit“ konzipierte Begriff. Es liegt auf der Hand, dass ethisch-moralische Werte mit einer bestimmten Weltanschauung oder Religion korrespondieren. Dass sie allerdings speziell in der christlichen Religion des „Abendlandes“ (gemeint sind die europäischen Völker und ihre Kulturen) die menschenwürdigste Ausprägung finden, ist eine historisch und ideengeschichtlich unzulässige Schlussfolgerung. Die Geschichte des Abendlandes lässt sich schließlich auch als eine Folge von Verbrechen gegen die Menschlichkeit lesen, welche nicht zuletzt mit religiösen Argumenten gerechtfertigt wurden. Mit atheistisch motivierten Argu-

menten allerdings auch. Religion hin oder her, in unserer heutigen Gesellschaft werden Prinzipien, die der Durchsetzung materieller Interessen dienen, gern als ethisch-moralisch unbedenklich hingestellt. Aber zeugen die Ausplünderung von sogenannten Entwicklungsländern oder die immer weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich im eigenen Land – um nur zwei Aspekte zu nennen – von einem funktionierenden ethisch-moralischen Wertesystem? Zumal Werte, die nur noch in Sonntagsreden eine Rolle spielen, sich aber im täglichen Leben „nicht rechnen“, mit der Zeit verkommen oder gar ins Gegenteil umkippen. Die Anzeichen dafür sind mittlerweile unübersehbar.

*Dr. Uta Sändig*

**Trumpfen statt Trampfen?**

„You’re fired!“ donnerte Donald Trump in seiner Fernseh-Show „The Apprentice“ den Verlierern dieser medial inszenierten Job-Buhlerei entgegen, und dieses „Du bist gefeuert“ wurde zu seinem Markenzeichen.

dreimal in echte Lebensgefahrt gebracht hätte und Dietlind ihm keine letzte Chance mehr einräumen wollte... Auf den Rathaus-Fluren wird gemunkelt, dass der „OB-1“-Lenker nach Dietlinds Geschmack zu füllig gewor-

auf Kurs in den Bundestag. Mit ihrer fahrenden Sprechblüte am Volant war sie jederzeit fit für ein ganz spontanes Interview, und das sogar im Stau auf der A10 – am Dreieck Nuthetal zum Beispiel. Mal ganz ehrlich und unter

**Vorsicht, Glosse**

Nun hat sich, ein paar tausend Kilometer und einige Milliarden Dollar vom goldblonden Donald entfernt, unsere oberste Bürgermeisterin offenbar höchstselbst im angewandten Trumpfen versucht. Nach einigen erfolgreich auf Stadtkosten vom kommunalen Acker gejagten Nebenbuhlern hat das Job-Aus diesmal eine eher untere Charge ihres Hofes getroffen: den eigenen Chauffeur. Der soll nun vom amtlichen Audi A6 in die städtische Blitzer-Stafel wechseln und dort scharfe Fotos von den schönsten Bleifuß-Märkern schießen.

Es ist sicher eine der neu-modischen Fake-News, dass Dietlinds alter Droschkenkutscher seine wertvolle Fracht

den sei und auch seine Kleidung nicht stilsicher mit ihrer Amtskette harmoniert hätte, und „underdressed“ passt so gar nicht zum ambitionierten Hause T.

Da aber zwischen einem Armani-Anzug und dem E4-Gehalt eines Kraftfahrers einige unüberbrückbare Netto-Monate liegen, ließ sich unsere Oberin lieber von ihrem viel höher dotierten Pressesprecher Penkawa zu Terminen nach Berlin oder Potsdam chauffieren.

Das machte Sinn! Erstens wirkte der in feinen Zwirn gewandete Penkawa mit seinem Body-Maß-Index nicht ganz so pummelig und zweitens fühlte sich unsere OBin nun auch presse-technisch voll

uns: Die paar Euro wird es uns Kreisfreien doch wohl wert sein, dass die Oberin auch in den letzten Monaten ihrer Brandenburger Restlaufzeit noch eine „Bella Figura“ macht. Wer weiß, vielleicht lässt sich für die neu ausgeschriebene OB-Fahrerstelle ja auch der Buga-Nothilfe-Fonds anzapfen ?!

Nun mal ran, Scheller! Eine flexible Kostenstelle wird sich doch sicher auch im ganzen Wirrwarr des Wobra-Bavaria-Deals noch finden lassen. Zeigen Sie mal, dass Sie von kreativer Buchführung verstehen – oder soll Ihre Noch-Chefin bis zur Bundestagswahl etwa trampfen?!

*Hans-Joachim Lass*

## Porträt Robert Kleiber

Robert Kleiber ist 28 Jahre alt und lebt in einer Beziehung. Zu der kleinen Familien gehört auch der Sohn seiner Lebensgefährtin. Der Bürokaufmann ist Mitglied unseres Kreisvorstandes und Sachkundiger Einwohner im Finanzausschuss sowie im Rechnungsprüfungsausschuss.

**HB:** Robert, seit wann und aus welchen Gründen bist du Mitglied der LINKEN?

**R. K.:** Ich bin seit fast vier Jahren Mitglied in unserem Kreisverband. In etwa mit der Jahrtausendwende habe ich begonnen, mich politisch zu orientieren. Mit vielen Fragen und noch mehr Antwortmöglichkeiten habe ich mich fast 15 Jahre befasst. Ich erkannte dabei, dass für mich vor allem soziale Fragen im Mittelpunkt stehen. Leider wusste ich nicht genau, wohin mit diesem schweren Gepäck. Dann bekam ich die Gelegenheit, mich in der Geschäftsstelle der LINKEN als Praktikant zu versuchen. In diesen Wochen wurde mir bewusst, dass sich DIE LINKE mit ziemlich genau den gleichen Fragen befasst, wie ich es tat. Auch die Antworten gingen überraschend häufig konform mit meinen. Somit ist mir der Entschluss leicht gefallen, nach Jahren ohne Orientierung an einer sinnvollen Umgestaltung des Lebens aller Menschen in Deutschland, egal welcher Herkunft oder sexuellen Neigung, mitzuwirken.

**HB:** Seit Oktober 2016 bist du Sachkundiger Einwohner im Finanzausschuss. Was sind deine ersten Erfahrungen in diesem Gremium?

**R. K.:** Ich sehe die Ausschusssitzungen als unbedingt notwendig an. Ein Gremium mit fachlich mehr oder weniger kompetenten Mitgliedern sollte versuchen, „das Beste“ für die Stadt und deren Bürger\*innen herauszuholen. Meiner bisherigen Erfahrung nach sind die Sitzungen größtenteils ergebnisorientiert. Doch gibt es auch immer wieder Beiträge, bei denen man eher gegeneinander arbeitet



als miteinander. Meine Aufgabe als Sachkundiger Einwohner sehe ich darin, den fachlichen Inhalt auch jedem nicht Sachkundigen näher zu bringen und mit gelegentlichen Nachfragen die Stadtverordneten und die Verwaltung zum Nachdenken anzuregen.

**HB:** Was bedeutet es für dich, links zu sein?

**R. K.:** Das ist eine gute Frage. Links sein bedeutet für mich nicht nur, gegen rechts zu sein, sondern im Interesse

aller Menschen nach Möglichkeit gute Entscheidungen umzusetzen. Dabei sollte das Hauptaugenmerk nicht auf den Wenigen liegen, denen es sowieso schon gut geht, sondern eher auf denen, die sich aus unterschiedlichsten Gründen nicht als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft fühlen. Mitglied der LINKEN hierzulande zu sein bedeutet für mich vor allem, absolut gegen jegliche Kriegshandlungen, egal ob aktiv oder passiv, zu sein. Als Ideal sehe ich, dass jeder Mensch mit einem gewissen Wohlstand und vor allem in Würde leben kann.

**HB:** Was würdest du in unserer Stadt verändern oder verbessern, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?

**R. K.:** Ich würde in unserer Stadt vieles verändern. Das beginnt schon beim kostenlosen ÖPNV. Jedes Kind sollte einen Kitaplatz bekommen, so dass zum einen die arbeitenden Eltern ein wenig entlastet werden, vor allem aber, dass die Kinder soziale Kontakte knüpfen können. Auch hier ist der Gedanke, die Plätze erschwinglicher zur Verfügung zu stellen. Die Integration von Geflüchteten und eine bessere finanzielle Ausstattung sozialer Einrichtungen wären weitere Punkte. Natürlich weiß ich, dass die finanziellen Mittel der Stadt sehr wenig Spielraum lassen...

*Für die HB fragte  
Daniel Herzog*

## Falsches Bewusstsein

Es gehörte zur Unkultur des alten Römischen Reiches, dass man sich im Leid anderer Menschen spiegelte. Heutzutage ist Mitmenschlichkeit ein weithin anerkanntes Kulturgut – aber der Umgang damit hängt nicht zuletzt vom sozialen Status ab.

Momentan spürt der überwiegende Teil der Bevölkerung, dass der Raum, über Probleme ohne Existenzangst nachzusinnen, im letzten Jahrzehnt immer enger geworden ist. Dafür hat die unendliche Gier der Profiteure gesorgt, mit solchen Zwangsjacken wie Leiharbeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen, Hartz, Steuerungerechtigkeit und Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer. Der perverse Drang zur Profitmaximierung der Wenigen, ihre Hingabe an einen extremen, sinnlosen Luxus zu verhindern, dass sie sich als wirklicher Mensch entdecken. Eine Folge ist die zunehmende Angst der Vielen vor dem sozialen Absturz. Die Zahl derer nimmt zu, die glauben, den Menschen, die ihre Heimat in größter Not verlassen haben und nun bei uns um Hilfe bitten, diese Hilfe verweigern zu müssen, ihnen die Grundrechte abzusprechen, die man selbst schon nur noch eingeschränkt genießt.

Gesunde Wertvorstellungen gedeihen nicht gut in einem

Klima der Angst, sondern brauchen Phasen der unbeschwertten Reflexion und Erholung. Nicht der Besitzstand erhebt uns zu Menschen, sondern das Bedürfnis, Liebe in Frieden und Freiheit zu geben. Vorboten sind die Künste mit den großen Werken in allen Bereichen und kein empfindsamer Mensch kann sich ihrer Liebe entziehen.

Aber was ist mit unserer Empfindsamkeit? Die Aushöhlung sozialer Errungenschaften, die Zunahme der Waffenexporte, die mit Lügen und Dummheiten geschürte Angst vor dem Fremden begünstigen eine schrittweise Entmenschlichung. Eine verspießerte Kleinwelt wählt lieber kriechend den Weg des geringsten Widerstandes, indem sie das an der Mehrheit begangene Unrecht ausblendet und für ihre Angst vor einem weiteren Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich die Flüchtlinge verantwortlich macht.

Knechtschaft war noch zu keiner Zeit ein notwendiges Übel. Wenn wir unseren Humanismus den Profitgelüsten einiger Weniger opfern, droht das Ende der Demokratie. Noch ist es möglich, mit Respekt und Verständniswillen aller Parteien einen guten Weg zu finden – aber wieviel Zeit bleibt uns noch?

*Falk Lisse*

„Die Ideologie ist ein Prozess, der zwar mit Bewusstsein vom so genannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewusstsein.

Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt“ MEW, Bd. 39, S.97

### Geprägt

**Dreimal die Woche  
Fisch.  
Flunder, Dorsch  
und Hering.  
Der Dorsch beim Fischer  
zehn Pfennig das Pfund.  
Und ganz selten  
aus fingerdünnen Aalen  
eine Suppe.  
So wuchs ich auf.  
Das bleibt.  
Unruhig im März,  
wenn der Hering kommt,  
verlass ich die Mark,  
komm zufrieden zurück.**

*Beate Bölsche*

### Käse-Sahne-Lauch-Suppe einmal anders Aus unserer Rubrik: Kochen mit LINKS

In den vergangenen Monaten hat sich mein Freundeskreis erweitert. Plötzlich sind Menschen dabei, die aus religiösen oder Traditionsgründen kein Schweinefleisch essen. Deshalb habe ich meine allseits beliebte Suppe einmal auf andere Art zubereitet.

#### Zutaten für sechs Personen

- 1 kg Rindermett**
- 3 Becher Schmelzkäse (Sahne)**
- 3 Becher Schmelzkäse (Sahne/Kräuter)**
- 2 Becher Cremefraiche (Kräuter)**
- 1 Becher Sahne**
- 4 Stangen Porree**
- 2 mittlere Zwiebeln**
- 1 Liter Rinderbrühe**

Zuerst die Zwiebeln schälen und würfeln. Anschließend den Porree waschen, trocknen und zerkleinern. In einen Topf etwas Öl (Raps- oder Sonnenblumenöl) geben und erhitzen. In dem heißen Öl das Rindermett anbraten. Die gewürfelten Zwiebeln darunter mischen. Sobald das Mett auseinander fällt, mit der Rinderbrühe ablöschen. Schmelzkäse und Cremefraiche dazu geben. Alles gut aufkochen, danach etwas abkühlen lassen. Porree und Sahne hinzu geben und das Ganze noch einmal ein wenig köcheln lassen.



*Guten Appetit! Werner Müller*

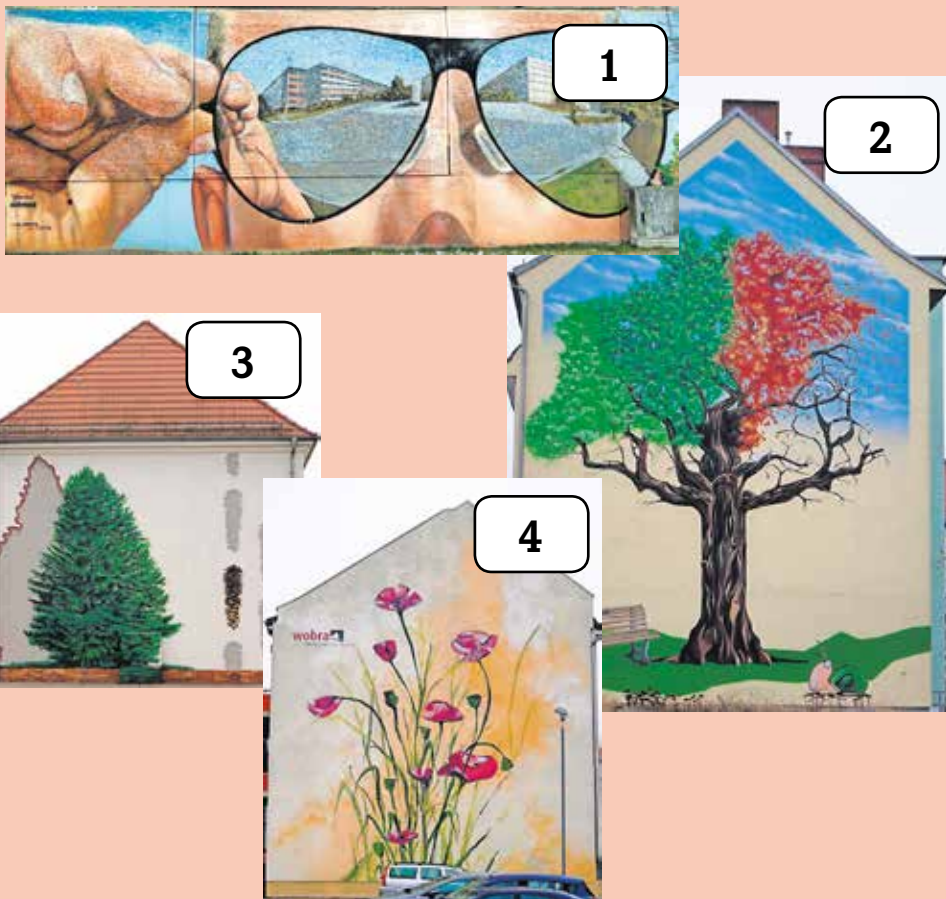
## Bilderrätsel

Wieder sind wir neugierig: Wie kennen Sie sich in der Stadt Brandenburg aus? Heute geht es um bemerkenswert gestaltete Giebel. In welchen Straßen stehen die abgebildeten vier Häuser, die mit solchen Giebeln geschmückt sind? Ordnen Sie der jeweiligen Zahl den richtigen Buchstaben zu.

- a) Parduin
- b) Willibald-Alexis-Straße
- c) Blumenstraße
- d) Tschirchdamm
- e) Wilhelmsdorfer Straße
- f) Gördenalle
- g) Dreifertstraße
- h) Trauerberg

Allen Rätselfüchsen wünschen wir viel Glück. Drei Gewinner können sich wieder auf City-Scheks freuen. Einsendeschluss ist der 31.05.2017

Fotos und Text: Werner Müller



### Auflösung des Bilderrätsels der Ausgabe 3/2016

Viele Leser kommen offenbar weit herum in unserer Stadt. In unserer letzten Ausgabe suchten wir drei Eingänge, deren Türen allen offen stehen.

Der Eingang auf Bild 1 führt in das Bürgerhaus Hohenstücken; Buchstabe b) war richtig. Wer sich bei Bild 2 für den Buchstaben a) entschieden hat, lag richtig: Durch diese Tür kommt man z. B. zum Standesamt am Katharinenkirchplatz. Die in Bild 3 abgebildete Tür führt zum Bürgerservice am Nicolaiplatz; hier war also der Buchstabe c) richtig.

Einen City-Scheck erhalten: Doris Brandt, Ingolf Petersohn und Rolf Schadow (alle Brandenburg an der Havel). Herzlichen Glückwunsch.

Werner Müller

### Was? Wann? Wo?

- 02.03.2017 - 15.20 Uhr - Filmstart „Der junge Karl Marx“  
Concerthaus Kino, Steinstr. 19
- 08.03.2017 - 10.00 Uhr - Infostand zum Internationalen Frauentag  
Neust. Markt
- 08.03.2017 - 10.00 Uhr - Geschäftsf. Vorstand
- 08.03.2017 - 14.00 Uhr - Aktionen zum Internationalen Frauentag  
im Stadtgebiet
- 09.03.2017 - 18.00 Uhr - Zerstörtes Leben - verlorene Welt  
mit Andrea Johlige (Mdl), Slawendorf
- 13.03.2017 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
- 15.03.2017 - 09.30 Uhr - Bürgerfrühstück
- 15.03.2017 - 16:00 Uhr - Bürgersprechstunde Fraktion & Vorstand
- 15.03.2017 - 18.00 Uhr - Vorstandssitzung
- 18.03.2017 - 09.30 Uhr - Kreisparteitag, TGZ
- 21.03.2017 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende
- 27.03.2017 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
- 10.04.2017 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
- 12.04.2017 - 10.00 Uhr - Geschäftsf. Vorstand
- 19.04.2017 - 09.30 Uhr - Bürgerfrühstück
- 19.04.2017 - 16.00 Uhr - Bürgersprechstunde Fraktion & Vorstand
- 19.04.2017 - 18.00 Uhr - Vorstandssitzung
- 24.04.2017 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
- 25.04.2017 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende
- 01.05.2017 - 10.00 Uhr - Demo zum Tag der Arbeit  
„Zeit für mehr Solidarität“, Neust. Markt
- 09.05.2017 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
- 10.05.2017 - 10.00 Uhr - Geschäftsf. Vorstand
- 15.05.2017 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
- 17.05.2017 - 09.30 Uhr - Bürgerfrühstück
- 17.05.2017 - 16.00 Uhr - Bürgersprechstunde Fraktion & Vorstand
- 17.05.2017 - 18.00 Uhr - Vorstandssitzung
- 23.05.2017 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende
- 29.05.2017 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
- Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN, Kirchhofstr. 1-2 statt.  
Weitere Termine auf <http://tinyurl.com/zjpxlvr>  
Änderungen & Ergänzungen vorbehalten, beachten Sie auch aktuelle Pressemitteilungen.

### Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 01/2017, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Lutz Krakau, E-Mail: [redaktion@dielinke-stadt-brb.de](mailto:redaktion@dielinke-stadt-brb.de)

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, Auflage: 15.000 Stück, Redaktionsleitung: Dr. Uta Sändig, Daniel Herzog (beide Text), Werner Müller (Bild und Koordination), Jule Moosdorf, Redaktion: Robert Kleiber, Lutz Krakau, Andreas Kutsche, Wilfried Weise und Petra Zimmermann, Grafik: Bastian Klamke (4), solid (5), privat (6)  
Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE: Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel

- Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr
- Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Fax: 03381 / 22 99 61